

(1) Neben den Beträgen aus § 2 dieser Satzung werden monatlich folgende zusätzliche Aufwandsentschädigungen gezahlt:

a) an den 1. stellv. Samtgemeindebürgermeister	230,00 DM
b) an den 2. stellv. Samtgemeindebürgermeister	140,00 DM
c) an die Beigeordneten	140,00 DM
d) an die Fraktionsvorsitzenden	230,00 DM

(2) Vereinigt ein/e Ratsfrau/Ratsherr mehrere der in Abs. 1 genannten Funktionen auf sich, so erhält er von den zusätzlichen Aufwandsentschädigungen nur die jeweils höchste. Ausgenommen von diesen Anrechnungen ist die Entschädigung nach Buchstabe d).

§ 4 Sitzungsgeld und Fahrtkostenersatz für sonstige Mitglieder in Ratsausschüssen

Nicht dem Rat angehörende Mitglieder von Ratsausschüssen erhalten eine Aufwandsentschädigung als Sitzungsgeld in Höhe von 35,00 DM. Daneben wird ein Fahrtkostenersatz von 10,00 DM gewährt.

§ 5 Fahrtkosten

Für Fahrten innerhalb der Samtgemeinde werden als monatliche Durchschnittssätze gezahlt:

a) an die stellvertretenden Samtgemeindebürgermeister	90,00 DM
b) an die Fraktionsvorsitzenden	90,00 DM
c) an die Beigeordneten	90,00 DM
d) an die übrigen Ratsfrauen und Ratsherren	60,00 DM

§ 6 Verdienstaufschlag

(1) Anspruch auf Entschädigung für Verdienstaufschlag haben

- a) ehrenamtlich tätige Personen
- b) Ratsfrauen und Ratsherren, neben ihrer Aufwandsentschädigung
- c) Ehrenbeamte, soweit sie keine Aufwandsentschädigung erhalten.

(2) Ein Entschädigungsanspruch besteht nur für den nachgewiesenen, tatsächlich entstandenen Verdienstaufschlag, soweit er durch die ehrenamtliche Tätigkeit bzw. die Ratsfrauen- / Ratsherrentätigkeit für die Samtgemeinde entstanden ist. Im Einzelfall kann der Nachweis durch die ausdrückliche Versicherung erbracht werden, dass der Verdienstaufschlag in der geltend gemachten Höhe tatsächlich infolge der Inanspruchnahme eingetreten ist. In Zweifelsfällen entscheidet der Rat.

(3) Die Entschädigung für Verdienstaufschlag wird auf höchstens 25,00 DM je Stunde begrenzt. Arbeitstäglich können maximal 10 Arbeitsstunden geltend gemacht werden.

§ 7 Auslagen

Für die Samtgemeinde ehrenamtlich tätige Personen haben Anspruch auf Ersatz ihrer nachgewiesenen Auslagen, soweit dies durch Gesetz oder dieser Satzung nicht ausgeschlossen ist.

§ 8 Dienstaufwandsentschädigungen

(1) Die Dienstaufwandsentschädigung wird gemäß § 8 der Niedersächsischen Kommunalbesoldungsverordnung vom 12.11.1996 wie folgt festgesetzt:

- | | |
|---|-----------|
| a) für den Samtgemeindebürgermeister auf monatlich | 270,00 DM |
| b) für den Allgemeinen Vertreter des Samtgemeindebürgermeisters auf monatlich | 180,00 DM |

(2) Die Dienstaufwandsentschädigung ermäßigt sich auf die Hälfte, wenn der Empfänger länger als 3 Monate seine Dienstgeschäfte nicht führt, für die über 3 Monate hinausgehende Zeit. Hierbei bleibt der Erholungsurlaub außer Betracht.

(3) Führt der Allgemeine Vertreter des Samtgemeindebürgermeisters die Dienstgeschäfte des Samtgemeindebürgermeisters ununterbrochen länger als 3 Monate, so erhält er für die darüber hinausgehende Zeit 75 % der für den zu Vertretenden festgesetzten Aufwandsentschädigung.

Eine nach Abs. 1 zu zahlende Aufwandsentschädigung ist anzurechnen.

§ 9 Reisekosten

Für von der Samtgemeinde angeordnete Dienstreisen außerhalb des Samtgemeindegebietes erhalten Ratsfrauen/Ratsherren und ehrenamtliche tätige Personen Reisekostenvergütung nach den dem Samtgemeindebürgermeister für Dienstreisen zustehenden Sätzen. Sitzungsgelder oder Auslagenentschädigung werden daneben nicht gezahlt.

§ 10 Zuschüsse an die Fraktionen

Für die Fraktionsarbeit erhält jede Fraktion jährlich 100,00 DM je Mitglied.

§ 11 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.1997 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 29. August 1974 sowie die Änderungssatzungen vom 17. Juli 1980, 17. August 1982, 31. Januar 1984, 22. Dezember 1986, 11. April 1994 und 06. September 1994 außer Kraft.

Suderburg, den 01. Juli 1997

Samtgemeinde Suderburg

Siegel

Der Samtgemeindebürgermeister

Meyer